



Memorandum „STÄDTISCHE ENERGIEN – Zukunftsaufgaben der Städte“

Stand: Oktober 2012

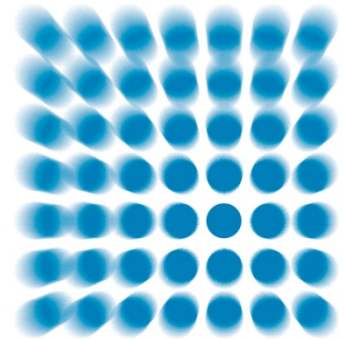
Hinweis: Neuer Herausgeber dieser Online-Veröffentlichung ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB).

Das Dokument wurde von der Internetseite des ehemaligen Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) übernommen. Denn mit Beginn der 18. Legislaturperiode sind verschiedene Aufgabenbereiche unter den Bundesministerien neu verteilt worden. Seitdem ist das BMUB auch für Bauen, Wohnen und Stadtentwicklung zuständig. Grundlage hierfür ist der Organisationserlass der Bundeskanzlerin vom 17. Dezember 2013.

Herausgeber: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,
Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)
Presse- und Informationsstab
Stresemannstraße 128 - 130
10117 Berlin

Telefon: 030 18 305-0
Telefax: 030 18 305-2044
E-Mail: service@bmub.bund.de
Internet: www.bmub.bund.de

Zuständiges Referat: SW I 3



STÄDTISCHE ENERGIEN
URBAN ENERGIES

Memorandum
„STÄDTISCHE ENERGIEN –
Zukunftsaufgaben der Städte“

Memorandum

„STÄDTISCHE ENERGIEN – Zukunftsaufgaben der Städte“

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der internationalen Konferenz haben in Verantwortung für die Zukunft von Stadt und Region dieses Memorandum in umfassender und offener Beteiligung mit nationalen und internationalen Partnern der Wirtschaft, Wissenschaft, Zivilgesellschaft und der verschiedenen politischen Ebenen erarbeitet.

Wir wenden zwar den Blick vornehmlich nach Europa, sehen jedoch eine nachhaltige Stadtentwicklung als globales Erfordernis an.

I. Präambel

(1) Vor fünf Jahren wurde die LEIPZIG CHARTA zur nachhaltigen europäischen Stadt verabschiedet. Sie knüpft an die Ergebnisse der Weltkonferenz URBAN 21 aus dem Jahr 2000 an. Die damals genannten **Herausforderungen** sind weiterhin aktuell: demographischer Wandel, soziale Ungleichheit und Integration, Knappheit preisgünstiger Wohnungen sowie Umwelt- und Verkehrsprobleme. Seither ist der Klimawandel gravierender und seine Folgen spürbarer geworden, die Ära billiger fossiler Energie neigt sich dem Ende zu, die Nahrungsmittelproduktion wird krisenanfälliger, und die Turbulenzen des Finanzsystems haben nicht nur die öffentlichen Haushalte belastet, sondern bergen ein Risiko für den sozialen Frieden. Diese Entwicklungen betreffen Städte, in zunehmendem Maße aber auch den ländlichen Raum.

(2) Politik, Bürgergesellschaft und Wirtschaft müssen auf diese Herausforderungen Antwort geben; Antworten, die international, national, regional und städtisch ausgerichtet sind. Städten jeglicher Größenordnung kommt hierbei eine besondere Verpflichtung zu. Die große strategische Zukunftsaufgabe ist die **lokale und regionale Umsetzung der Energiewende**. Denn nur mit mehr Energieeffizienz und mit dem Einsatz erneuerbarer Energien kann der Abschied vom Zeitalter billiger fossiler Energie gemeistert werden. Und nur so wird ein wirkungsvoller Beitrag im Kampf gegen den Klimawandel geleistet. Hier sind wiederum die Städte gefragt. Gelingen kann die Energiewende jedoch nur, wenn sie nicht als isolierte Aufgabe betrachtet, sondern in integrierende Strategien der Stadt- und Raumentwicklung eingebettet wird. Dies erfordert außerordentliche ökonomische, soziale, ökologische und kulturelle Sensibilität.

(3) In vielen Staaten ist es erklärtes Ziel, die Treibhausgas-Emissionen und den Energiebedarf drastisch zu reduzieren. In Europa soll bis 2050 der Gebäudebestand nahezu klimaneutral sein. In Deutschland setzen der Ausstieg aus der Atomkraft und die beschlossene Energiewende neue Rahmenbedingungen. Neben der Steigerung der Energieeffizienz ist eine weitgehende Umstellung auf erneuerbare Energien notwendig. Die **Nutzung regenerativer Energien** wird nicht nur die stadttechnische Infrastruktur, sondern auch die Gebäude sowie die Stadt- und Landschaftsbilder verändern. Die Gestaltung dieses Wandels führt in ihrer gewaltigen Dimension zu neuen Aufgaben bei der Sanierung und dem Neubau von Gebäuden und Quartieren sowie in der Stadt-, Verkehrs- und Landschaftsentwicklung.

(4) **Europäische Städte** bieten für die Herausforderungen gute Voraussetzungen. Ihre Gebäude und Stadträume sind zumeist lebenswert und anpassungsfähig, Stadtbild, Plätze, Straßen, Grünanlagen und Gebäude stiften in Zeiten beschleunigter Globalisierung lokale Identität und Heimatbildung. Ihre jeweilige Einzigartigkeit ist wertvoll und muss

erhalten bleiben. Die Städte können aufgrund ihrer baulichen und sozialen Qualitäten einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Energiewende leisten.

(5) In den Städten konzentrieren sich die **gesellschaftlichen Energien** für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Städtische Energien kommen zuallererst von kreativen Menschen, ihren Fähigkeiten und ihrem Engagement, die nachhaltige Erneuerung unserer Städte auf den Weg zu bringen, aber auch von Einrichtungen der Bildung und der Wissenschaft. Städte sind „energiegeladene Katalysatoren“ der notwendigen sozialen, ökonomischen, ökologischen, technologischen und kulturellen Innovationen. In ihnen konzentrieren sich Initiative und Mitwirkungsbereitschaft engagierter und kompetenter Bürger. Gegenüber Fremden und Minderheiten ist die große Mehrheit der Bürger tolerant und in sozialen Fragen solidarisch.

(6) Das Memorandum formuliert Anforderungen an die politische Gestaltungskraft, an Innovationsfähigkeit, Kreativität und das Bürgerengagement, um eine klimagerechte, sozial ausgeglichene, wirtschaftlich robuste, kurzum eine nachhaltige Stadtentwicklung sicherzustellen.

II. Schlüsselaufgaben nachhaltiger Stadtentwicklung

(7) **Vier große Aufgabenfelder stehen auf der Agenda: erstens der behutsame ökologische Umbau von Gebäuden und Quartieren, zweitens die technologische Erneuerung der stadttechnischen Infrastrukturen, drittens die Entwicklung einer neuen Mobilität und viertens die gesellschaftliche Integration. Diese vier großen Aufgaben werden bereits umfangreich diskutiert, in der Regel allerdings getrennt voneinander und überdies noch in verschiedenen fachlichen und politischen Kreisen. Sie müssen zusammengeführt werden. Die Energiewende und der Kampf gegen den Klimawandel erfordern aber nicht nur den Umbau von Städten und Regionen, veränderte stadttechnische Infrastruktur, neue Mobilität und gesellschaftliche Integration, sondern auch den Respekt vor der kulturellen Identität. Und nur, wenn sich Stadt und Umland deutlich enger vernetzen, kann der notwendige Umbau gelingen.**

(8) Mehr Energieeffizienz beginnt beim einzelnen Haus. Gebäude werden zunehmend vom Energieverbraucher zum Energieerzeuger (Plus-Energie-Häuser). Wichtiger noch als gutes neues Bauen sind Sanierung und energetische Ertüchtigung des Gebäudebestandes. Die energetische Sanierung ist aber nur ein, wenngleich zunehmend bedeutsamer Bestandteil einer umfassenden Sanierung, die auch eine gute Gestaltung und eine sozial gerechte Verteilung der Kosten umfasst. Entscheidend für eine erfolgreiche Energiewende ist die Gesamteffizienz im Quartier und in der Stadtregion. Neben der Energieeffizienzsteigerung und dem Einsatz erneuerbarer Energien ist vor allem ein innovativer Mix von nachhaltiger, CO₂-armer Energiegewinnung, -verbrauch, -speicherfähigkeit und -einspeisung erforderlich. Der **Um- und Neubau von Gebäuden und Quartieren** braucht klare Vereinbarungen, integrierte wie akteursorientierte Konzepte im Sinne einer städtischen Gesamteffizienz und gegebenenfalls zusätzliche Formen der Finanzierung.

(9) Mit einer bedarfsgerechten Anpassung vorhandener und dem Aufbau neuer **stadttechnischer Infrastruktursysteme** können unsere Städte zukunftsfähig bleiben. Dies erfordert erhebliche Investitionen, insbesondere beim Aufbau einer lokalen regenerativen Energieerzeugung. Es bedarf großer Anstrengungen, für die regenerativen Energiesysteme richtige Standorte und eine gute Gestaltung zu finden. Die Nutzung moderner Technik erlaubt eine fachübergreifende Optimierung und Vernetzung der Energiesysteme und der Mobilität. Intelligente Systeme und Netze können das urbane Leben in den Städten verbessern.

(10) Eine weitere Schlüsselaufgabe ist eine **neue Mobilitätskultur**, die sich auf innovative Technik sowie eine neue Balance von Fußgängern, Fahrradverkehr, öffentlichem Personenverkehr und verändertem Autoverkehr gründet. Ziel ist ein stadtverträglicher, multi- und intermodaler Verkehr. Neue Angebotsformen wie Leihfahrräder und Car-Sharing entstehen. Mobilitätsmanagement und Mobilitätskarten verbessern die Nahmobilität. Der sich in vielen Städten abzeichnende Wertewandel vor allem bei jungen Erwachsenen unterstützt diese Entwicklung. Der Einsatz von Fahrzeugen mit alternativen Antriebsformen ist ein wichtiger Beitrag zu einem Umweltverbund, wenn die Energie regenerativen Quellen entstammt und Lärmemissionen verringert werden. Der Güter- und Wirtschaftsverkehr muss stadtverträglich organisiert werden. Die über das Internet vermittelte Individualisierung der Waren- und Dienstleistungsnachfrage erfordert eine innovative Neuorganisation der Kurier-, Express- und Paketdienste mit dezentralen Güterverkehrs- und Güterverteilzentren sowie mit kleineren, elektrisch oder hybrid angetriebenen Lieferfahrzeugen für den städtischen Bereich. Ziel ist es, Städte von Lärm und Schadstoffen zu entlasten und öffentliche Räume, Hauptstraßen und Plätze besser zu gestalten.

(11) **Gesellschaftliche Integration** ist die vierte große Herausforderung künftiger Stadtpolitik. Polarisierung von Armut und Reichtum sowie zwischen den Kulturen birgt das Risiko vertiefter sozialräumlicher Spaltung der Städte. Um die Integrationskraft der Stadt zu bewahren und zu stärken, müssen Schwache geschützt, interkulturelle Begegnungen gefördert, Barrieren abgebaut und Chancen vermittelt werden. Dazu bedarf es insbesondere bürgerschaftlichen Engagements. Sozialer Ausgleich, soziale Gerechtigkeit und Inklusion sind im Kontext der Energiewende ebenfalls zentrale Ziele. Neben bezahlbaren und effizienten Wohnungen sowie sozialen Einrichtungen ist es nötig, die erforderlichen Verhaltensänderungen zur Reduzierung des Energieverbrauchs in alle Bevölkerungsgruppen zu vermitteln. Dabei wird entscheidend sein, dass die Kosten der Energiewende wirtschaftlich angemessen und sozial gerecht verteilt werden. Die Ziele der LEIPZIG CHARTA mit ihrem besonderen Fokus auf Förderung der Menschen in benachteiligten Stadtteilen gewinnen bei den erforderlichen integrierten Konzepten einer energieeffizienten Quartiersentwicklung zusätzliche Bedeutung.

(12) Städte haben mit ihren vielfältigen Bildungs- und Ausbildungsangeboten ein besonderes Potential zur gesellschaftlichen Integration. Damit tragen sie auch zur Konkurrenzfähigkeit unseres gesamten Wirtschaftssystems in einer globalisierten Welt bei. Gerade **junge Menschen** können mit ihren Ideen und ihrem Engagement dazu beitragen, Städte lebenswerter zu machen. Ihre Mitwirkung ist in allen Feldern der Stadtentwicklung zu fördern. Nötig ist nicht nur eine frühkindliche Förderung und gute Ausbildung an den Schulen und Universitäten, sondern auch eine Atmosphäre, die jungen Menschen und Familien attraktive Arbeits- und Lebensbedingungen in Städten bietet, eine Kultur der Offenheit, der Toleranz und des bürgerschaftlichen Miteinanders sowie soziale und kulturelle Vielfalt. Eine besondere Herausforderung besteht darin, junge Menschen aus bildungsfernen Schichten zu integrieren – auch deshalb, weil der gesellschaftliche Wandel jede kreative Kraft fordert. Dabei hat es bewährt, wenn Schulen und Tagesstätten sich gegenüber ihrem Quartier öffnen und zum sozialen Mittelpunkt für Familien werden.

(13) Der **demografische Wandel**, insbesondere die Alterung und die Ausdifferenzierung der Lebensformen und die Verschärfung der Disparitäten, erfordert Umbauten, Umnutzungen, Ergänzungen und Rückbauten in Gebäuden und Quartieren. Dies ist auf intelligente Weise mit dem ökologischen Umbau der Städte zu verbinden. Gerade in Gesellschaften mit Bevölkerungsrückgang werden wir die zukünftigen Aufgaben nur bewältigen können, wenn ältere Bürgerinnen und Bürger länger aktiv bleiben – beruflich wie ehrenamtlich. Der alters- und familiengerechte Wohnungsneubau und die altersgerechte Modernisierung im Bestand sind auch eine Aufgabe sozialer Wohnungspolitik. Gemischte Stadtstrukturen, kurze Wege, bezahlbare Mieten und altersgerechte Wohnungen sind für ältere Menschen eine Voraussetzung, um möglichst lange in der angestammten Umgebung bleiben zu können. Sie sind ebenfalls für Familien wichtig, um in der Stadt wohnen

zu können. In kompakten Gebäude- und Stadtstrukturen lassen sich demografische und ökologische Ziele am besten verbinden. Sicherheit ist für Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen ein elementares Bedürfnis, dessen Bedeutung für die Lebensqualität mit zunehmendem Alter immer mehr steigt. Nicht nur die objektive Sicherheit, auch das subjektive Sicherheitsgefühl ist ein hohes Gut, denn wer sich nicht sicher fühlt, ist in seiner Lebensqualität beeinträchtigt und in seiner gesellschaftlichen Teilhabe eingeschränkt. Öffentliche Räume müssen daher für alle Altersgruppen ohne Angst genutzt werden können. Dabei ist zu beachten, dass auch die Verwahrlosung öffentlicher Räume Angst und Unsicherheit auslöst.

(14) **Innenstädte und historische Stadtkerne** stiften Identität in Stadt und Region. Sie müssen als Spiegel der Stadtgeschichte, als Standort für Kultur, Bildung, Religion, Einzelhandel und Verwaltung sowie Wohnungen gestärkt werden. Der behutsame Umgang mit dem baulichen Erbe ist auch beim ökologischen Umbau erforderlich. Vor allem benachteiligte Quartiere der inneren Städte bedürfen hier besonderer Unterstützung.

(15) **Großsiedlungen** am Stadtrand sollten, soweit sie zur Wohnraumversorgung erforderlich sind, in baulicher, ökologischer und funktionaler Hinsicht ertüchtigt werden. Sie haben durchaus auch Vorteile, an denen angeknüpft werden kann: bauliche Dichte, die energetische Sanierung begünstigt, und oft eine gute Anbindung über den öffentlichen Nahverkehr. Am Stadtrand und im Umland ergibt sich zudem Entwicklungsbedarf mit Blick auf eine Stabilisierung von einfachen, nicht mehr nachfragegerechten **Einfamilienhausgebieten** ohne ausreichende Ausstattung mit sozialer Infrastruktur und ohne weitreichende Anbindung an den öffentlichen Verkehr.

(16) Der nachhaltige Umbau der Städte erfordert eine **neue Balance von Dichte, Offenheit und Mischung**. Städte brauchen Freiraum für Erholung, Kaltluftspeicher und urbane Landwirtschaft, attraktive, fußgängerfreundliche Straßen und Plätze, Grün- und Freiflächen, die als sichere und gut gestaltete Räume empfunden werden. Sie benötigen aber auch bauliche Dichte sowie eine soziale, funktionale und bauliche Mischung. Ein gutes Verhältnis von Dichte und Offenheit trägt dazu bei, eine gesunde Stadt zu schaffen. Die kompakte Stadtentwicklung mit wohl dosierten offenen Räumen im Sinne einer „Stadt und Region der kurzen Wege“ ist das Ziel des ökologischen Umbaus. Nach wie vor ist die Innenentwicklung der Städte die zentrale Aufgabe.

(17) Ressourceneffizienz, Klimaschutz und die Bewältigung der Folgen des Klimawandels kann die Stadt nur gemeinsam mit dem **Umland und den ländlichen Räumen** erreichen. Es bedarf dazu vor allem einer intensiven und integrativen Abstimmung der Entwicklung mit den einzelnen Kommunen der Stadtregion. Dabei ist ein Ausgleich zwischen Stadt und Land, eine neue regionale Balance also, anzustreben. Ein zentraler Baustein ist der Aufbau regionaler Kreislaufsysteme, die den Transportaufwand für Menschen und Waren reduzieren und insbesondere kleine und mittlere Betriebe in der Region stärken können. Städte und ihr Umland sollten besser kooperieren, um regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, die Nahrungsmittelversorgung der Städte aus dem Umland zu verbessern, zum Beispiel regionale Energie- und Wasserverbündnisse einzurichten, die Region für Naherholung zu erschließen und den stadtreionalen öffentlichen Verkehr zu stärken.

(18) Eine insgesamt sinkende Bevölkerung erleichtert es, den zusätzlichen **Flächenverbrauch** zu **reduzieren**. Aber auch im Bestand, vor allem bei Flächen für Gewerbe und Verkehr, sind große Sparpotentiale vorhanden. Die Wiedernutzung leer stehender Gebäude und brach gefallener Flächen muss auch aus wirtschaftlichen Gründen Vorrang vor dem Bauen auf der grünen Wiese erhalten. Brach gefallene Flächen und Gebäude können auch dem Klimaausgleich (Kaltluftentstehung, Temperatursenkung, Durchlüftung, Wasserrückhaltung) und der regenerativen Energieerzeugung (Sonnen- und Windenergie,

Geothermie, Energie aus biologischer Substanz) dienen. Auch in Gewerbegebieten bestehen große Energiegewinnungspotentiale.

(19) Eine Voraussetzung guten Bauens, angemessener stadttechnischer Infrastrukturen und neuer Mobilitätsformen sind neue Bau- und Betriebsprinzipien, so genannte **smart infrastructures**. Wasserversorgung und Entwässerung, Energie- und Wärmeversorgung, Verkehr und Mobilität sollten schrittweise zu dezentral organisierten und verantworteten, aber gleichzeitig vernetzten Systeme umgestaltet werden. Diese ermöglichen die Mehrfachnutzung von Ressourcen (Energie, Wasser, Gebäude, Flächen) und binden die Nutzer verstärkt ein. Energieüberschüsse aus Gebäuden können zur Energiequelle für andere Nutzungen werden – beispielsweise für Elektromobilität. Dezentrale Organisation der Versorgungsinfrastruktur und lokale und regionale Verantwortung gehören dabei zusammen.

(20) Wirtschaftsstruktureller Wandel vollzieht sich vor allem in der Stadt. Wissensbasierte Ökonomien und die Kreativwirtschaft – Wissen, Bildung, Forschung und Entwicklung, Kultur – bevorzugen häufig städtische Standorte. Sie tragen im wirtschaftlichen Bereich zur „Renaissance der Städte“ bei. Urbane Milieus haben für Innovation und Wissensaustausch hohe Bedeutung und ziehen junge Menschen an. Dies macht das Schlagwort der **kreativen Beteiligung** konkret: Gebraucht werden Fachleute, die ökonomische, energetische, aber auch gesellschaftliche Transformationen auf innovative Weise fördern, begleiten, nachjustieren und sichern. Der Wettbewerb um die besten Köpfe wird die Zukunft jeder Stadt mitentscheiden.

(21) In **kultureller Hinsicht** sind die Herausforderungen der Energiewende groß. Dabei sind das baukulturelle Erbe und die Eigenart von Städten und Stadtteilen zu respektieren. Dies bedeutet, dass Identität stiftende Ensembles und Gebäude so saniert werden, dass ihr Erscheinungsbild bewahrt wird. Aber auch für Alltagsarchitektur sollte der Grundsatz gelten: keine energetische Verbesserung ohne gestalterische Qualität. Neubauten können zukunftsfähig nach den Ressourcen- und Energiestandards von morgen entstehen. Ziel sollte es sein, mit dem notwendigen Umbau auch die Schönheit der Stadt zu steigern und die Identifikation mit und die Verantwortung für die Stadt zu erhöhen. Nachhaltiges Bauen, verbesserte stadttechnische Infrastrukturen, neue Mobilität und Verhaltensänderung zur Steigerung der Energieeffizienz und -einsparung sind wichtige Voraussetzungen für eine langfristig nachhaltige Entwicklung der Städte. Sie müssen jedoch im Einklang mit der Erhaltung und Weiterentwicklung kultureller Qualitäten und Besonderheiten der Städte stehen. Baukultur ist ein wichtiger Standortfaktor.

III. Bündnis für eine nachhaltige Stadt: Städtische Energien

(22) **Eine handlungsfähige und verantwortungsvolle Politik und Verwaltung auf allen Ebenen kann den Weg zum nachhaltigen Gebäude, zum nachhaltigen Quartier und zur nachhaltigen Stadt ebnen. Die Bewältigung der großen Herausforderungen setzt breite gesellschaftliche Bündnisse und transparente Verfahren voraus. Akteure aus Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaften, Verbänden, Stiftungen, Kultur, Bildung, Medien, Religionen, Sport sowie Bauherren und Planer waren schon immer bedeutende Partner der Stadtentwicklung. Heute sind darüber hinaus mehr denn je bürgerschaftliches Engagement und private Initiativen gefragt, um neue Ideen zu entwickeln und sie als Projekte der Stadtentwicklung erfolgreich umzusetzen.**

(23) **Akteure** in Stadt und Region folgen eigenen Logiken und Regeln. Ihre jeweiligen Stärken gilt es für Innovation, gesellschaftliches Engagement und unternehmerische Initiative in der zukunftsorientierten Stadtentwicklung zu aktivieren und zu bündeln.

(24) Die **Wirtschaft** zeigt unternehmerische Initiative, und die verfügt über marktfähige und nutzerfreundliche Produkte für eine zukunftsorientierte und klimagerechte Bau- und Stadtentwicklung. **Forschung und Entwicklung**, vor allem Bildung und Ausbildung als deren Grundlage, unterstützen diesen Erfolg. Immer mehr Unternehmen erkennen das Potential der Stadtentwicklung und bringen sich in konkrete Projekte ein.

(25) Die **Kultur- und Kreativwirtschaft** unterstützt mit ihrer Innovationskraft aktiv die Gestaltung unserer Städte. Ihre gesellschaftliche Relevanz gewinnt sie unter anderem daraus, dass sie die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen in ihre Aktionen und Entwicklungen einbezieht.

(26) Die **Wissenschaft** erarbeitet Erkenntnisse in der Grundlagenforschung und anwendungsnahe Umsetzungsstrategien für die nachhaltige Bau- und Stadtentwicklung. Sie sollte stärker als bisher in Lehre und Forschung die Grundsätze und Aufforderungen des Memorandums als disziplinenübergreifende Basis für die Ausbildung der nächsten und die Fortbildung der gegenwärtigen Generationen nutzen. Eine zukunftsorientierte Bau- und Stadtforschung sollte forciert werden.

(27) **Bürgerinnen und Bürger** engagieren sich immer stärker für ihre Quartiere und Städte und helfen somit als Experten ihres eigenen Lebensumfeldes, die notwendigen Maßnahmen auf eine breite gesellschaftliche Basis zu stellen. Dazu sind geeignete Formen der Mitsprache, Mitentscheidung, Beteiligung und Mitgestaltung weiter zu entwickeln.

(28) **Bauherren und Eigentümer** (Investoren und Projektentwickler) müssen sich am Leitbild des nachhaltigen Bauens und der nachhaltigen Stadt messen lassen. Unterstützende wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Vorgabe klarer Effizienzziele können die Veränderungsbereitschaft weiter fördern.

(29) **Medien** sind wichtige öffentliche Diskussionsforen und haben eine besondere Verantwortung in der Vermittlung der großen Herausforderungen und der erforderlichen Anstrengungen zur nachhaltigen Stadtentwicklung. Neue Medien können über offene Dialogforen, Online-Planspiele und andere Formate wirksame Plattformen bereitstellen.

(30) **Architekten, Ingenieure und Planer** müssen ihr Wissen in enger Zusammenarbeit der Disziplinen kreativ, zeitnah und verantwortungsvoll einsetzen. Ganzheitliche Planungsansätze und die frühzeitige Einbeziehung von Experten weiterer Disziplinen wie auch der Bürgerinnen und Bürger sind hierfür unerlässlich.

(31) Wichtig ist der Aufbau **internationaler, nationaler, regionaler sowie lokaler Bündnisse** zwischen Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Bürgerschaft. Solche Bündnisse entstehen nicht von selbst, sondern bei der Suche nach gemeinsamen Programmen, Plänen und Schlüsselprojekten für eine nachhaltige Stadt – zum Beispiel im Rahmen der Nationalen Stadtentwicklungspolitik. Sie eröffnen neue Formen der Verhandlung von strategischen Zielen und Projekten. Politik und Verwaltung haben dabei die Aufgabe, alle Akteure prozessual und inhaltlich zusammenzuführen und die notwendigen Bündnisse auf den Weg zu bringen. Diese Bündnisse müssen dauerhaft, verlässlich und transparent angelegt sein.

(32) Die kommunale Selbstverwaltung ist ein Schlüsselfaktor für eine nachhaltige Entwicklung von Städten, Gemeinden und der Nation insgesamt. Das Prinzip der Subsidiarität erweist sich gerade angesichts der raschen Veränderungen im Zuge der Globalisierung als Erfolgsmodell, das einer zentralisierten Struktur überlegen ist. Bei der Gestaltung der nachhaltigen Stadt übernimmt die **öffentliche Hand** eine **Schlüsselrolle**. Engagierte Gemeinderäte haben eine zentrale Funktion in der Stadtentwicklung inne. Daneben bedarf es einer verlässlichen und fachlich kompetenten Verwaltung mit einem

langfristigen und transparenten Programm. Ihre Gestaltungsfähigkeit ist dafür Grundlage. Nötig sind optimierte Organisations- und Ablaufstrukturen sowie eine quantitativ und qualitativ angemessene Personalausstattung. Nur durch eine Zusammenführung der Themenfelder ökologischer Stadtumbau, stadttechnische Infrastruktur, neue Mobilität und soziale Integration wird eine nachhaltige Bau- und Stadtentwicklung möglich.

(33) Viele und gute, oft aber auch punktuelle und sektoral begrenzte Vorschläge für eine nachhaltige Stadt liegen bereits vor. Die Richtung ist klar, über den konkreten Weg jedoch muss in jeder Stadt eine öffentliche Debatte geführt werden. Oberstes Ziel ist die nachhaltige Stadt, die Energie- und Klimaprobleme gemeistert hat. Konzepte wie Projekte, die diesem Ziel dienen, müssen vor Ort ausgehandelt und festgelegt werden. Sie haben ökologische, ökonomische, kulturelle und soziale Aspekte zu berücksichtigen. Sie erfordern daher eine in sektoraler, zeitlicher, räumlicher und prozessualer Hinsicht **integrierte Stadt- und Regionalentwicklung**, auf die sich die europäischen Minister in der LEIPZIG CHARTA und der TERRITORIALEN AGENDA verpflichtet haben. Konzepte wie Projekte müssen auf offenen Handlungskorridoren und Langfristbetrachtungen basieren.

(34) Von besonderer Bedeutung sind die **Stadtentwicklungskonzepte** einer neuen Generation, die in integrierter Form verstärkt soziale und ökonomische Aspekte, vor allem auch energetische und klimatische Aufgaben umfassen. Eine der großen Aufgaben der Stadtentwicklungskonzepte wird es sein, Effizienzpotentiale gestaltend zu erschließen und die Energieproduktion in den Städten voranzutreiben. Es geht dabei darum, die bereits vorhandene Infrastruktur energetisch zu aktivieren, Energie über die Stadtoberflächen zu erzeugen und neue Formen der Speicherung zu entwickeln. Anzustreben ist auch eine noch stärkere Verzahnung der Klima- und Energiekonzepte mit der Bauleitplanung und Stadtsanierung. Dazu bietet beispielsweise das Baugesetzbuch nach seiner Novellierung gute Möglichkeiten.

(35) Zur Umsetzung der Stadtentwicklungspläne dienen Pilotprojekte. Sie testen neue Wege und zeigen, wie eine nachhaltige Entwicklung gestaltet werden kann. Die derart gewonnenen Erkenntnisse müssen schnell und umfassend umgesetzt werden. Parallel dazu sollten **qualitätssichernde Verfahren** durchgeführt werden, beispielsweise Planungswerkstätten, Wettbewerbe und diskursive Verfahren. Solche Verfahren erleichtern auch die Bildung lokaler, projektbezogener Bündnisse.

(36) **Finanzierungsmöglichkeiten** der Förderprogramme müssen auch zukünftig immer wieder an die aktuellen Herausforderungen der Energiewende, des Klimaschutzes und der Klimafolgenbewältigung angepasst und aufeinander abgestimmt werden. Zielorientierung, technologische Offenheit und integrierte Quartiersansätze der Energieversorgung und der Gebäudesanierung müssen weiterhin maßgebliche Kriterien der Programmgestaltung sein. Auch der private Bankensektor ist aufgerufen, sich in noch größerem Umfang an der Finanzierung der Energiewende als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu beteiligen. Ein wirksames Mittel sind Wettbewerbe um Fördermittel, damit die besten Ideen des ökologischen Stadtumbaus und der Kooperation im Quartier, in Stadt und Region ermittelt werden. Die Grundlage einer nachhaltigen Finanzierung muss die Lebenszyklusbetrachtung sein. Kommunen stehen vor großen Herausforderungen im Finanz- und Infrastrukturmanagement sowie in der Liegenschaftspolitik.

(37) Die Notwendigkeit der Energiewende und der ökologischen Weiterentwicklung von Städten und Regionen muss aktiv kommuniziert werden. Möglichkeiten für eine umfassende **Mitwirkung** und damit Mitgestaltung durch Bürgerinnen und Bürger sind Voraussetzungen für den Erfolg. Es gilt, das Bewusstsein der Bevölkerung für einen verantwortungsvollen Umgang mit knappen Ressourcen und eine intelligente Nutzung des urbanen Raums zu schärfen. So können neue Potentiale, lokales Wissen und neue Bürgerschichten für eine nachhaltige Stadt aktiviert werden. Klare Verabredungen und Regeln helfen,

bei der Partizipation eindeutige Verantwortungen zu schaffen und Entscheidungsbefugnisse zu regeln.

(38) Für die nachhaltige Bau- und Stadtentwicklung sind öffentliche Investitionen in die städtische Infrastruktur zwingend erforderlich. Die Europäischen Strukturfonds sollten hinsichtlich der Förderung der städtischen Dimension einen Ausbau erfahren. Deutschland hat mit seiner jahrzehntelangen, erfolgreichen **Städtebauförderung** ein starkes Instrument entwickelt, das auch weiterhin unter sich verändernden Verhältnissen den Weg in Richtung nachhaltiger Städte aktiv unterstützen muss. Bund, Länder und Gemeinden haben dies in enger Kooperation erreicht. Zukünftig sollte der Bund mehr Verantwortung für bundesweit relevante, modellhafte Stadtentwicklungsprojekte übernehmen.

IV. Aufruf zum gemeinsamen Handeln

(39) **Wir appellieren an die Verantwortlichen in Städten, Regionen, Staaten und internationalen Organisationen ebenso wie in Verbänden, Unternehmen und Initiativen, eigenverantwortlich Programme und Projekte für eine nachhaltige Stadtentwicklung unter Berücksichtigung der kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimensionen der Städte auf den Weg zu bringen.**

(40) Ein Anfang ist gemacht. Aufbruchstimmung ist in allen gesellschaftlichen Gruppen zu spüren. Um die gemeinsam formulierten Ziele zu erreichen, müssen die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in **Bündnissen** und Entwicklungspartnerschaften für nachhaltige Städte zusammenwirken. Es gilt, diese Bündnisse auf den jeweiligen Handlungsebenen zu koordinieren – wie dies in Deutschland mit der Nationalen Stadtentwicklungspolitik bereits erfolgreich geschieht. Voraussetzung ist ein nationaler sowie internationaler Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer.

(41) Die **Politik** sollte Rahmenbedingungen für den nachhaltigen Stadtumbau einschließlich der Energiewende schaffen und umsetzen sowie breit angelegte Bündnisse für die nachhaltige Stadt initiieren. Dies erfordert die Bereitschaft zu einem umfassenden öffentlichen Dialog: Akteure aus allen Bereichen sind bereits bei der Suche nach Ideen und Projekten sowie der Prioritätensetzung und nicht erst bei deren Umsetzung in transparenten Verfahren so einzubinden, dass sie zu aktiven Gestaltern werden.

(42) Die **öffentliche Verwaltung** sollte in ihren Strukturen, ihrer Arbeitsweise und ihren Inhalten den Anforderungen an nachhaltige Stadtentwicklung gerecht werden. Das heißt: Überwindung der sektoralen Trennung von Architektur, Stadtentwicklung, Infrastrukturplanung, Verkehrsentwicklung und Sozialplanung sowie Kooperation mit anderen Akteuren bei der Programm- und Projektentwicklung. Außerdem ist es unabdingbar, klare Prioritäten zugunsten einer lokalen Energiewende zu setzen.

(43) **EU-Institutionen und internationale Organisationen** sollten integrierte und nachhaltige Stadtentwicklung noch stärker und gezielter als bislang fördern und in allen relevanten Politikbereichen berücksichtigen. Dies setzt eine sektorübergreifende Herangehensweise voraus, die den spezifischen Gegebenheiten vor Ort Raum lässt.

(44) **Wirtschaft, Unternehmen und Gewerkschaften** sollten sich intensiver mit den Rahmenbedingungen und den Optionen nachhaltiger Bau- und Stadtentwicklung auseinandersetzen. Die Wirtschaft muss ihre Verantwortung für die Umsetzung der Energiewende auf städtischer Ebene wahrnehmen.

(45) **Bildung und Wissenschaft** sollten sich weit intensiver in einen kritisch-konstruktiven Dialog über nachhaltige Stadt einbringen. Hochschulen und Forschungsein-

richtungen sowie Schulen sollten sich in besonderem Maße engagieren und stärker beratend wirksam werden, Plattformen für öffentliche Dialoge bereitstellen und die erarbeiteten Kenntnisse in die Öffentlichkeit vermitteln. Fort- und Weiterbildung sind zu intensivieren.

(46) **Bauherren und Eigentümer** sowie **Planer und Fachexperten** sollten das Leitbild der nachhaltigen Stadt zur Grundlage ihrer Arbeit machen. Sie sollten das wachsende Bewusstsein um notwendige Veränderungen nicht unterschätzen und sich frühzeitig für den Wandel einsetzen. Integrierte Planungsansätze und ganzheitliches, lebenszyklusorientiertes Planen und Bauen sind oberstes Gebot.

(47) **Bürgerinnen und Bürger** aus allen sozialen Gruppierungen sollten sich noch stärker für das Gemeinwohl engagieren – in gesellschaftlichen wie im individuellen Sinne. Das sollte nicht nur mit Blick auf ihre Straßen oder ihren Stadtteil, sondern auch auf die gesamte Stadt und Region geschehen. Dabei gilt es, das klassische Ehrenamt wo immer möglich zu unterstützen. Auch durch öffentliche Anerkennung seiner herausragenden Leistungen. Zu ermöglichen sind auch neue projektbezogene und zeitlich begrenzte Formen von Bürgerengagement.

(48) Die **Medien** sollten Themen der nachhaltigen Stadtentwicklung stärker in ihre Berichterstattung einbeziehen und über die kulturellen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Dimensionen verantwortungsvoll berichten, damit der Diskurs über diese zentralen Zukunftsaufgaben im öffentlichen Raum geführt werden kann. Im Hinblick auf neue Partnerschaften und Bündnisse kommt den Medien eine Multiplikatorenfunktion zu.

(49) Die **neuen sozialen Medien** werden für den Diskurs über die nachhaltige Stadt und ihre Weiterentwicklung als Plattform immer wichtiger. Sie können vielfältige Aktivitäten initiieren und unterstützen. Es gilt, soziale Medien einzubeziehen und so den Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen offensiv zu führen.

(50) Die nachhaltige Stadt ist klimagerecht und energieeffizient, anpassungsfähig und sozial gerecht, wirtschaftlich effizient und, nicht zuletzt, gestalterisch einzigartig und schön. Die nachhaltige Stadt von morgen ist das Ergebnis unseres Handelns heute. Voraussetzung, Medium wie Ergebnis dieses Handelns sind STÄDTISCHE ENERGIEN.